



Stellungnahme

11. November 2024

Resolution zum Schutz jüdischen Lebens

Der Bundestag hat am 7. November 2024 eine Resolution gegen Antisemitismus verabschiedet. „Eine Resolution zum Schutz jüdischen Lebens ist richtig und wichtig“, sagt Hartmut Dorgerloh, Vorstandsvorsitzender der Stiftung Humboldt Forum im Berliner Schloss. Es braucht allerdings „eine Resolution, hinter die sich möglichst viele gesellschaftliche und politische Akteure stellen und entsprechend agieren können. Wir wünschen uns Dialog und Konsultation, denn Kulturinstitutionen sind Verbündete in der Stärkung des demokratischen Miteinanders und des gesellschaftlichen Zusammenhalts in einer durch Migration geprägten Gesellschaft sowie in der gemeinsamen Bekämpfung von Antisemitismus“, so Dorgerloh weiter. Nachfolgend die Argumente, die aus unserer Sicht bedacht werden sollten bei der Auslegung und Umsetzung der Resolution.

1. **Eine Resolution zum Schutz jüdischen Lebens ist richtig und wichtig. Es braucht allerdings eine Resolution, hinter die sich möglichst viele gesellschaftliche und politische Akteure stellen und entsprechend agieren können.**
 - Der Anstieg antisemitischer Fälle in Deutschland und anderswo sowie der brutale Terrorakt der Hamas am 7. Oktober 2023 haben uns jede Menge Grund gegeben, um aktiver und resilienter zu werden in der Sensibilisierung für und Bekämpfung von Antisemitismus.
 - Nicht nur für die jüdischen Communities in Deutschland, sondern auch für den gesellschaftlichen Zusammenhalt ist es wichtig, sich fundiert darüber zu verständigen, wie man am besten Antisemitismus analysiert, definiert und bekämpft.
 - Bedauerlicherweise ging der Resolution kein Konsultationsprozess seitens des Bundestages voraus, trotz fundierter rechtlicher Bedenken, alternativer Formulierungsvorschläge und einem Appell, den mittlerweile über 2000 namhafte Wissenschaftler*innen, Künstler*innen, intellektuelle und zivilgesellschaftliche Akteure unterschrieben haben.
 - Dieser Konsultationsprozess sollte aus unserer Sicht nachgeholt werden, um sicherzugehen, dass die Resolution sinnvoll eingesetzt und interpretiert wird.

2. Die Resolution ist verabschiedet. Jetzt muss und wird sich zeigen, ob und wie sie sich in der Praxis der internationalen Zusammenarbeit bewährt und wie Partner*innen weltweit auf die dort enthaltenen Forderungen reagieren und ob sich Befürchtungen bewahrheiten, dass die Resolution Verunsicherung eher stärkt als ausräumt.

- Gerade jetzt, wo wir den internationalen Austausch und Dialog mehr denn je brauchen, können wir es uns nicht leisten, uns zu isolieren.
- International agierende Kulturinstitutionen dürfen nicht, um dem Anspruch der Resolution gerecht zu werden, quasi-polizeiliche Überprüfungsaufgaben ausüben. Da die IHRA-Definition auch Kritik am Handeln israelischer Regierungen als antisemitisch einstuft, muss geklärt werden, dass das nicht einem praktischen Verbot in der Zusammenarbeit mit Kulturschaffenden aus weiten Teilen des Globalen Südens gleichkommt, zum Beispiel aus Ländern, die den Staat Israel völkerrechtlich nicht anerkannt haben.
- Statt Restriktionen sollten Argumente, Vermittlungs- und Sensibilisierungsarbeit in der Kulturarbeit dominieren. Denn nur letztere verschaffen sich Gehör sowohl in der internationalen Weltgemeinschaft als auch in der diversen Gesellschaft hierzulande.

3. Institutionen sollten in ihrer Eigenverantwortung für Maßnahmen gefördert und unterstützt werden, um sensibler und entschlossener Antisemitismus zu begegnen.

- Wir bemühen uns stetig, mit Partner*innen und Gästen im Rahmen der Kunst- und Wissenschaftsfreiheit zu agieren und dabei klare Grenzen zu menschenverachtenden, antisemitischen und rassistischen Positionen zu ziehen.
- Werden diese Grenzen verletzt, agieren wir umgehend.
- Wir haben in den letzten Monaten Prozesse, Maßnahmen und Regelwerke im Sinne eines Code of Conduct entwickelt.
- In Arbeitsgruppen werden Sicherheitskonzepte für Veranstaltungen erarbeitet, es werden Briefings für internationale Gäste besprochen und abgestimmt. Es werden komplexe Themen rund um antisemitische und antimuslimische Vorfälle in der Kultur diskursiv eingeordnet.
- Wir organisieren Schulungen zum Antisemitismus und zum Umgang damit für Mitarbeitende im Haus.
- All das sind die Maßnahmen, die gerade in vielen Kulturinstitutionen entwickelt werden.

- Wir müssen hier weitere Schritte gehen und werden dies auch tun. Das sind aber genau die positiven Maßnahmen, die von der Politik gefördert werden müssen.

Wir wünschen uns weiterhin Dialog und Konsultation, denn Kulturinstitutionen sind Verbündete in der Stärkung des demokratischen Miteinanders und des gesellschaftlichen Zusammenhalts in der gemeinsamen Bekämpfung von Antisemitismus in einer von Migration geprägten Gesellschaft.